

Pitt und Clooney erhalten Unterstützung für Birma-Kampagne

AFP_30 juin 2008

Hollywoodstars Brad Pitt und George Clooney haben hochkarätige Unterstützung für ihre Kampagne zugunsten der Opfer des Wirbelsturms in Birma erhalten. In einer ganzseitigen Anzeige in der englischsprachigen Tageszeitung "Jakarta Post" riefen sieben Persönlichkeiten die birmanische Militärjunta auf, mehr Helfer in die zerstörten Gebiete hineinzulassen. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs der US-Initiative "Not on our watch", der Pitt, Clooney und ihr Schauspielkollege Matt Damon angehören, zählen die Friedensnobelpreisträger Shirin Ebadi und Desmond Tutu.

"Birmas Nachbarn haben die Macht, den Opfern zu helfen, die immer noch verzweifelt Hilfe brauchen", hieß es in der Zeitungsanzeige. Während hunderttausende Menschenleben in Gefahr seien, dürfe die Welt nicht schweigen, forderten unter anderen die früheren Präsidenten von Tschechien und den Philippinen, Vaclav Havel und Corazon Aquino, sowie der indonesische Ex-Staatschef Abdurrahman Wahid. Durch den Zyklon "Nargis" kamen in Birma Anfang Mai offiziellen Angaben zufolge mehr als 84.000 Menschen ums Leben, rund 53.000 weitere werden noch vermisst.

Junta in Birma behindert weiter Katastrophenhilfe

AFP_30 juni 2008

Acht Wochen nach dem Wirbelsturm "Nargis" behindert die birmanische Militärregierung weiter die zivile Hilfe. Wie die Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) mitteilte, wurde eine Gruppe Helfer nach ihrer Rückkehr aus dem Katastrophengebiet in Rangun festgenommen. Unter den 17 Festgenommenen sei auch der Herausgeber der Zeitschrift "Myanmar Tribune", Aung Kyaw San, der als Freiwilliger ohne Genehmigung bei der Beerdigung von Leichen im besonders betroffenen Irawadi-Delta geholfen hatte.

Nach Angaben von RSF wurden die Helfer festgenommen, als sie in Rangun weitere Leichensäcke abholen wollten. Fünf von ihnen, darunter der Journalist, würden seit Mitte Juni im berüchtigten Gefängnis von Insein im Norden Ranguns gefangen gehalten. Mindestens zehn Journalisten und Internet-Blogger seien inhaftiert. Mehr als 138.000 Menschen kamen durch "Nargis" ums Leben oder werden vermisst, seit der Zyklon im Mai Teile des Landes verwüstete. Nach UN-Schätzungen benötigen rund 2,4 Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe.

Sieben Regierungskritiker in Birma nach Protest festgenommen

AFP_19 juni 2008

Bei einer Aktion für die Freilassung von Birmas Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, die heute ihren 63. Geburtstag feierte, sind sieben ihrer Anhänger festgenommen worden. Mehrere Dutzend Anhänger von Suu Kyis Partei Nationale Liga für Demokratie (NLD) hätten sich zunächst vor dem Sitz der Partei in Rangun versammelt und dort nach birmanischer Tradition Almosen an buddhistische Mönche verteilt, berichteten mehrere NLD-Mitglieder. Sicherheitskräfte in Zivil hätten sie fotografiert und gefilmt. Als die Versammlung auf rund hundert Teilnehmer angewachsen war, riefen die Regierungskritiker demnach "Befreit Aung San Suu Kyi". Die Polizei habe die Menge daraufhin auseinandergetrieben und sieben Protestteilnehmer festgenommen.

Um auf Suu Kyis Geburtstag aufmerksam zu machen, ließen Regierungskritiker 63 Vögel fliegen. Die Oppositionsführerin verbrachte ihren 63. Geburtstag im Hausarrest, den Birmas Militärjunta im Mai um ein weiteres Jahr verlängert hatte. Die Friedensnobelpreisträgerin war in den vergangenen 18 Jahren mehr als zwölf Jahre eingesperrt. Seit 2003 steht die Regierungskritikerin ununterbrochen unter Hausarrest. US-Außenministerin Condoleezza Rice hatte am Mittwoch erneut Suu Kyis Freilassung gefordert. Es sei "beklagenswert", dass die Politikerin weiter ihrer grundlegenden Bürgerrechte beraubt werd.

UN fordern mehr Hilfe für Birmas Sturmpfer

Financial Times_1 juni 2008

UN-Nothilfekordinator John Holmes hat die in Birma herrschende Militärregierung aufgefordert, weitere Hilfskräfte zur Versorgung der Sturmpfer ins Land zu lassen.

Zwar hätten 180 UN-Mitarbeiter und weitere internationale Hilfskräfte inzwischen Visa zur Einreise erhalten, sagte Holmes am Freitag in New York und sprach von einem Schritt «in die richtige Richtung». Es würden aber weitere Helfer und Hilfsgüter im Katastrophengebiet gebraucht.

Derzeit seien noch 20 Visa-Anfragen für UN-Mitarbeiter anhängig. Er sei aber guter Hoffnung, dass auch diese von den birmanischen Behörden erteilt würden, so Holmes. Die Organisation Südostasiatischer Staaten (ASEAN) hätte auch 200 Helfer nach Birma entsandt; deutsche und japanische Teams arbeiteten ebenfalls in der Krisenregion vor allem an der Trinkwasseraufbereitung für die Sturmpfer. Zusätzlich seien zahlreiche Hilfsorganisationen mit eigenen oder birmanischen Mitarbeitern im Einsatz.

Seit die birmanische Regierung Hilfslieferungen zulasse, landeten täglich rund 15 Flugzeuge mit Hilfsgütern in Rangun, sagte Holmes. Auch See- und Landverbindungen seien für Hilfskonvois geöffnet worden. «Unser Eindruck ist, dass nur relativ wenige Menschen noch nicht erreicht oder besucht wurden.» Bis aber jeder das bekomme, was er brauche, sei es noch ein langer Weg, sagte Holmes.

Allein die UN haben nach eigenen Schätzungen mittlerweile 1,3 Millionen der rund 2,4 Millionen hilfsbedürftigen Menschen erreicht. «Obwohl noch immer viele Menschen dringend Hilfe brauchen, gibt es im Moment keine Anzeichen für eine Hungersnot», so Holmes.

Bislang habe die Staatengemeinschaft 155 Millionen Dollar an Hilfsgeldern für Birma ausgegeben oder die Zahlung zugesagt. Zusätzlich hätten einzelne Regierungen 83 Millionen Dollar gegeben und weitere 51 Millionen in Aussicht gestellt. «Wir hätten gern weitere Zahlungen oder Zahlungszusagen, damit sichergestellt ist, dass die Pipeline für die Hilfe auch in den kommenden Wochen und Monaten weiter gefüllt ist», sagte Holmes.

Durch den Zyklon «Nargis» waren Anfang Mai wahrscheinlich 134 000 Menschen ums Leben gekommen. Hunderttausende wurden obdachlos. Erst nach wochenlangem Zögern hatte die Militärregierung erste ausländische Helfer ins Land gelassen

UNO: Erst 40 Prozent der Wirbelsturmpfer in Birma versorgt

AFP_1 juni 2008

Einen Monat nach der Wirbelsturmkatastrophe in Birma hat der Großteil der Betroffenen nach Angaben der Vereinten Nationen noch keine Hilfe erhalten. Nur 41 Prozent der Opfer hätten bisher in irgendeiner Form Unterstützung bekommen, sagte der UN-Sprecher in Birma, Aye Win, in Rangun. US-Verteidigungsminister Robert Gates warf Birmas Militärjunta angesichts der zögerlichen Zulassung ausländischer Helfer "kriminelle Unterlassung" vor. Gates kündigte zudem den Abzug von vier Marineschiffen von der Küste Birmas an, weil die Regierung die Entladung der Hilfsgüter blockiere.

Rund eine Millionen Menschen in den betroffenen Gebieten seien bislang von den Helfern erreicht worden, sagte Win. Auch nach Angaben der Hilfsorganisation Mediziner ohne Grenzen sind viele der 2,4 Millionen Betroffenen noch auf Hilfe angewiesen. Bislang seien viele abgelegene Dörfer noch nicht von Helfern erreicht worden, da sie nur Einheimischen bekannt seien und allein durch Boote erreicht werden könnten, sagte der Vorsitzende der Organisation in Japan, Satoru Ida.

Wenn die Regierung in Birma ihre Haltung nicht ändere, kämen noch mehr Menschen ums Leben, warnte US-Außenminister Gates nach seiner Abreise von der Konferenz über regionale Sicherheit in Singapur auf dem Weg nach Bangkok. Das Verhalten Birmas sei "kriminelle Unterlassung". Wenn die Junta weiter die Entladung der Hilfsgüter von vier US-Marineschiffen blockiere, würden die Schiffe von der Küste Birmas zurückgerufen, der Abzug sei eine Frage von Tagen, sagte Gates zuvor auf der Konferenz in Singapur. Die USA hätten die birmanische Regierung insgesamt 15 Mal gebeten, die Hilfslieferungen vornehmen zu dürfen, sagte Gates.

Nach dem Wirbelsturm "Nargis" am 2. und 3. Mai gelten in dem südostasiatischen Land rund 133.000 Menschen als tot oder vermisst. Zehntausende leben in Behelfsunterkünften. Birma hatte weltweit für Empörung gesorgt, da es wochenlang die Einreise internationale Helfer ablehnte.

Die Militärjunta wies Bedingungen für humanitäre Hilfe zurück. "Wir würden Hilfe und Unterstützung von jedem Land und jeder Organisation herzlich begrüßen, wenn sie mit echtem guten Willen geleistet werden, und wenn es keine Bedingungen oder Politisierung gibt", sagte Vizeaußenminister Aye Myint auf der Regionalkonferenz in Singapur.

Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Brüssel, 19./20. Juni 2008

74. Die Europäische Union ist nach wie vor tief besorgt über die humanitäre Lage in Birma/ Myan-mar nach dem Zyklon Nargis. Sie begrüßt die Bemühungen der VN und des ASEAN, die dazu geführt haben, dass nun mehr Hilfe die 2,4 Millionen Menschen, die von dem Zyklon betroffen sind, erreicht; sie fordert die Behörden von Birma/Myanmar jedoch auf, alle noch bestehenden Hindernisse bei der Verteilung der internationalen Hilfe zu beseitigen. Der Europäische Rat hebt hervor, dass die unmittelbare Priorität zwar humanitäre Hilfe ist, dass ein echter Übergang zur Demokratie in Birma/Myanmar jedoch dringender ist denn je. Er bedauert zutiefst die Entscheidung der Behörden von Birma/Myanmar, den Hausarrest von Daw Aung San Suu Kyi zu verlängern, und fordert erneut die Freilassung aller politischen Gefangenen. Der Europäische Rat bedauert, dass die Art, wie das Referendum durchgeführt wurde, nicht zu einem transparenten und integrativen Prozess der nationalen Aussöhnung beigetragen hat, der den einzigen Weg zu Wohlstand und Stabilität im Land darstellt. Der Europäische Rat fordert die Regierung auf, dafür zu sorgen, dass die für 2010 angekündigten Wahlen in einer Weise vorbereitet und durchgeführt werden, die zu einem glaubwürdigen und vollkommen partizipativen Übergang zur Demokratie beiträgt. In diesem Zusammenhang begrüßt der Europäische Rat das persönliche Engagement des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und unterstreicht, dass er dessen Vermittlungsbemühungen uneingeschränkt unterstützt.

Vom Parlament angenommene Texte, Birma: Andauernde Inhaftierung von politischen Gefangenen

Donnerstag, 19. Juni 2008 - Straßburg

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. Juni 2008 zur andauernden Inhaftierung von politischen Gefangenen in Birma

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Birma, insbesondere die Entschließungen vom 24. April 2008[1] und vom 27. September 2007[2],
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen vom 29. April 2008 in Luxemburg zu Birma/Myanmar und auf den Gemeinsamen Standpunkt 2006/318/GASP des Rates vom 27. April 2006 zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Birma/Myanmar[3],

– unter Hinweis auf den Bericht von Tomás Ojea Quintana, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Lage der Menschenrechte in Birma, vom 3. Juni 2008 über die Umsetzung der Resolutionen S-5/1 und 6/33 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen,

– gestützt auf Artikel 115 Absatz 5 seiner Geschäftsordnung,

A. unter Hinweis darauf, dass Aung San Suu Kyi, die Generalsekretärin der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), von den letzten achtzehn Jahren dreizehn als politische Gefangene unter Hausarrest verbracht hat; unter Hinweis darauf, dass weitere 1 900 Personen allein deshalb unter grausamen Bedingungen inhaftiert wurden, weil sie den Wunsch nach Einführung der Demokratie in Birma bekundeten oder gegen das Verfassungsreferendum protestierten; unter Hinweis darauf, dass noch immer nicht klar ist, was mit den weiterhin vermissten Dutzenden von Teilnehmern an den von den Mönchen geführten Protestkundgebungen vom September 2007 geschehen ist,

B. unter Hinweis darauf, dass die Junta mit der Verlängerung des Hausarrests gegen Aung San Suu Kyi gegen ihr eigenes Gesetz verstößt (Staatsschutzgesetz von 1975), dem zufolge niemand länger als fünf Jahre lang ohne Anklage bzw. ohne Gerichtsverfahren inhaftiert bleiben darf; unter Hinweis darauf, dass sich das Regime weiterhin internationalem Druck für die Freilassung der politischen Gefangenen widersetzt, die zu Unrecht in birmanischen Gefängnissen festgehalten werden;

C. unter Hinweis darauf, dass das birmanische Regime – weit davon entfernt, der Forderung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen nach Freilassung der Gefangenen nachzukommen – am 10. Juni 2008 vielmehr weitere 16 Personen, die Opfer des Wirbelsturms Nargis waren, wegen der „Straftat“ verhaftet hat, bei den Büros des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vorstellig zu werden und um humanitäre Hilfe zu ersuchen,

D. unter Hinweis darauf, dass am 11. Juni 2008 in offiziellen Zeitungen der birmanischen Militärjunta – einschließlich der Zeitung „New Light of Myanmar“, die das Sprachrohr des Regimes ist – die öffentliche Auspeitschung von Aung San Suu Kyi gefordert wurde; unter Hinweis darauf, dass die Militärjunta es abgelehnt hat, sich von dieser schmachvollen Empfehlung zu distanzieren,

E. unter Hinweis darauf, dass in den frühen Morgenstunden des 3. Mai 2008 – als der Wirbelsturm Nargis mit voller Wucht auf das Gefängnis Insein in Rangoon traf und Rauch eine Panik unter den Insassen verursachte – Militärangehörige und Angehörige von Sondereinheiten der Polizei das Feuer auf die Häftlinge eröffneten, wobei schätzungsweise 36 Insassen gesetzeswidrig und unnötig getötet und weitere 70 verletzt wurden,

F. unter Hinweis darauf, dass der Menschenrechtsexperte der Vereinten Nationen für Birma gefordert hat, dass die regierende Junta Berichten nachgeht, wonach ihre Soldaten während des Wirbelsturms Nargis im letzten Monat eine Reihe von Gefängnisinsassen erschossen haben, und dass sich das Regime geweigert hat, eine solche Untersuchung zu billigen,

G. unter Hinweis auf Berichte von Menschenrechtsgruppen, wonach die Regierungsstellen Birmas seit dem 20. Mai 2008 ihre Bemühungen verstärkt haben, Überlebende des Wirbelsturms aus vorübergehenden Unterkünften wie Schulen und Klöstern zu entfernen und sie zu zwingen, zu ihren Häusern zurückzukehren, selbst wenn diese nicht mehr stehen,

1. verurteilt mit Nachdruck den Beschluss der Regierungsstellen Birmas, den Hausarrest gegen Aung San Suu Kyi zu verlängern;

2. bedauert ebenfalls die Inhaftierung der Gruppe von politischen Aktivisten, die die Freilassung von Aung San Suu Kyi fordert, und fordert die Regierungsstellen Birmas mit Nachdruck auf, alle politischen Gefangenen unverzüglich frei zu lassen;

3. prangert die in Aussicht gestellte Auspeitschung von Aung San Suu Kyi als Verbrechen gegen die Menschlichkeit an;
4. fordert eine gerichtliche Untersuchung – unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen – von Berichten, wonach die birmanische Armee nach dem Wirbelsturm Nargis politische Gefangene ermordet haben soll;
5. bedauert die anhaltende Inhaftierung der Opfer des Wirbelsturms Nargis, die versuchen, um Hilfe bei internationalen Hilfsorganisationen in Birma zu bitten, durch die birmanischen Regierungsstellen;
6. hält es für äußerst bedauerlich, dass die birmanische Junta das Referendum über die Verfassung nur Tage nach der Zerstörung des Landes durch einen verheerenden Wirbelsturm abgehalten hat, und hält die Ergebnisse des Referendums für wenig glaubwürdig;
7. fordert die birmanischen Regierungsstellen auf, alle Beschränkungen gegen friedliche politische Aktivitäten im Land aufzuheben und sich auf einen vom Bemühen um Integration geprägten Prozess der nationalen Wiederaussöhnung sowie auf die Wiederherstellung der Demokratie, der Rechtstaatlichkeit und der uneingeschränkten Achtung der Menschenrechte hinzubewegen;
8. fordert das Regime außerdem auf, Erklärungen zu den Personen zu liefern, die seit September 2007, als von buddhistischen Mönchen und Demokratievertefchern organisierte Protestkundgebungen niedergeschlagen wurden, noch immer vermisst werden;
9. fordert die Militärregierung Birmas auf, sich an die mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen getroffene Vereinbarung zu halten und für das Personal internationaler humanitärer Organisationen und für Hilfslieferungen den ungehinderten Zugang zu den vom Wirbelsturm Nargis betroffenen Gebieten zu gewähren und rückhaltlos mit der internationalen Gemeinschaft bei der Bewertung des Bedarfs an Hilfe zusammenzuarbeiten; fordert die birmanischen Regierungsstellen auf, die offizielle Einmischung in die Lieferung von Hilfe einzustellen und uneingeschränkt mit den humanitären Organisationen zusammenzuarbeiten;
10. bekräftigt seine an die birmanischen Regierungsstellen gerichteten Forderungen, in einen Dialog mit sämtlichen Teilen der Gesellschaft in Birma zu treten, um eine wirkliche nationale Wiederaussöhnung, die Demokratisierung und die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und der Rechtstaatlichkeit zu erreichen;
11. würdigt den jüngsten Bericht des UN-Sonderberichtstatters, in dem wichtige Beweise für anhaltende Menschenrechtsverletzungen im Land zusammengetragen werden; nimmt mit großer Sorge die im Bericht enthaltenen Schlussfolgerungen zur Kenntnis, dass seit dem 26. März 2008 fast keinerlei Verbesserung im Hinblick auf die Lage der Menschenrechte in Birma erzielt werden konnte;
12. fordert die Regierungsstellen Birmas mit Nachdruck auf, in einen engen Dialog mit dem Sonderberichtstatter der Vereinten Nationen zu treten und seiner Forderung nach einem Besuch in Birma stattzugeben;
13. fordert die ASEAN-Länder, mit denen Birma enge wirtschaftliche und politische Beziehungen unterhält, auf, ernsthaften Druck auf die birmanischen Regierungsstellen auszuüben, um einen demokratischen Wandel herbeizuführen;
14. ist der Auffassung, dass die eindeutig festgelegten und gezielten Sanktionen der Europäischen Union gegen die birmanische Junta – auch wenn sie nach den Vorfällen im September 2007 mit der Einführung eines Embargos für weitere Wirtschaftsbranchen ausgeweitet wurden – noch immer nur begrenzte Auswirkungen auf das Regime haben und somit die angestrebten Zielvorgaben nicht erfüllen; bekräftigt deshalb seine an den Rat gerichtete Forderung, weitere Schritte zu unternehmen und der Junta den Zugang zu den

Zugang wirksam zu verwehren; fordert den Rat und die Mitgliedstaaten auf, aufmerksam über die effektive Anwendung der gezielten Sanktionen zu wachen;

15. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem EU-Sondergesandten für Birma, dem Staats-Friedens- und Entwicklungsrat Birmas, den Regierungen der ASEAN-Staaten und der Teilnehmerstaaten des Asien-Europa-Treffens, dem ASEAN Inter-Parliamentary Myanmar Caucus, Aung San Suu Kyi, der Nationalen Liga für Demokratie, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte und dem Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission für Birma zu übermitteln.

[1] Angenommene Texte, P6_TA(2008)0178.

[2] Angenommene Texte, P6_TA(2007)0420.

[3] ABI. L 116 vom 29.4.2006, S. 77.